



Nr. 31 April 2003

metall aktuell

Kommentar



Klaus
Zwickel,
Erster Vor-
sitzender
der IG
Metall

Wir machen weiter Druck

Immer mehr Menschen teilen unsere Kritik am »Reformpaket« des Bundeskanzlers. Denn die Streichung des Krankengeldes, Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe sowie die Lockerung des Kündigungsschutzes führen nicht zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Ihr einziger Effekt: Sie entlasten die Unternehmen undbürden alle Lasten den Arbeitnehmern auf.

Reformen dürfen sich nicht darauf beschränken, Arbeitnehmer zu schröpfen. Mut zur Veränderung bedeutet, eine Investitionsoffensive zu starten, eine Erwerbstätigenversicherung einzuführen und Selbstständige und Beamte an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu beteiligen. Mut zur Veränderung muss auch bedeuten, sich mit den mächtigen Gruppen der Gesellschaft anzulegen, beispielsweise der Pharmaindustrie und der Ärzte-Lobby.

Ja zu Reformen – Nein zum Sozialabbau. Dafür machen wir weiter Druck. Sowohl am 1. Mai als auch in den Wochen danach. Dabei geht es uns nicht um eine andere Regierung. Uns geht es um Reformen, die sozial und gerecht sind. ◀



Foto: Manfred Vollmer

Einspruch, Herr Kanzler

Der Protest gegen den Sozialabbau wächst. Doch Gerhard Schröder will an seinem Kurs festhalten.

Mehrere SPD-Landesverbände haben sich gegen die Kanzlerpläne ausgesprochen. SPD-Abgeordnete wollen eine Mitgliederbefragung durchsetzen – die Zahl der Parteiaustritte ist so hoch wie lange nicht mehr.

Jetzt will der Bundeskanzler die Partei auf einem Sonderparteitag auf Kurs bringen. Es ist das zweite Mal, dass Schröder die

Entweder-Oder-Karte spielt. Nach der Entscheidung über die Beteiligung deutscher Soldaten am Afghanistan-Krieg stellt er jetzt seine Parteigenossen vor die Vertrauensfrage. »Der Parteitag wird nur über Ja oder Nein abstimmen«, drohte SPD-Generalsekretär Olaf Scholz. »Es geht um die Zustimmung für das Gesamtpaket, nicht um einen Teppichhandel.«

Ob sich die Delegierten diesem Druck beugen werden, ist fraglich. Denn mit sozialdemokratischer Politik hat der Schröder-Kurs nichts mehr zu tun.

Deshalb erwartet die IG Metall deutliche Kurskorrekturen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. »Der Parteitag muss die Weichen in Richtung mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung stellen«, sagt IG Metall-Vorsitzender Klaus Zwickel. ◀

Protesttag 1. Mai

► Die IG Metall ruft ihre Mitglieder auf, am 1. Mai gegen den geplanten Sozialabbau zu demonstrieren

Protest: Wir sind dabei

Die Aktionen der IG Metall stoßen auf große Resonanz: Jeden Tag treffen in der Redaktion eine Menge Unterschriftenlisten und Leserbriefe ein. Ihr Tenor: Sozialabbau schafft keine Arbeitsplätze.

► Die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen im sozialen Bereich sind einseitig und ungerecht. Wir alle wissen, dass Reformen dringend notwendig sind, sie sollten aber sozial ausgewogen sein. Es ist nicht akzeptabel, dass alleine Arbeitnehmer, Arbeitslose und kranke Menschen die Hauptlast der schmerzhaften Einschnitte tragen sollen.

Lothar Hinter, Betriebsratsvorsitzender, Firma Friatec-Rheinhütte, Wiesbaden

► Lassen Sie bitte nicht zu, dass wir unverschuldet arbeitslos gewordene Menschen jetzt noch zusätzlich bestraft werden sollen.

Carmen Madsack, Essen

► Für viele Menschen, gerade in den neuen Bundesländern, ist diese Politik der SPD-Regierung schwer zu verstehen. Der Großteil der Arbeitslosen würde jede Arbeit annehmen, wenn es Arbeitsplätze gäbe.

Ronald Lamarck, Harzgerode

► Als SPD-Mitglied seit »Willy wählen« lässt sich als anständiger Sozialdemokrat und Gewerkschafter der von der Schröder-Regierung geplante Sozialabbau nicht mehr nachvollziehen. Wenn die Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe verschmolzen werden sollte, ist das Ende des Sozialstaats manifestiert. Führt uns endlich

auf die Straße. Es ist mehr als höchste Zeit für den Protest.

Paul Paternoga, Betriebsrat, KHD Humboldt Wedag, Köln

► Hier helfen nur noch Massenproteste. Natürlich bin ich mit meiner Familie dabei.

Gerd Heubaum, Zittau

► Was soll eine Gesundheitsreform, die den Kolleginnen und Kollegen nur tiefer in die Taschen greift. Immer höhere Beiträge und immer weniger Leistungen. Das ist Betrug an den Versicherten. Sie setzen den wirtschaftsliberalen Kurs der Kohl-Regierung fort, stellen dem Kapital weitere Geschenke in Aussicht und greifen denen ins Portemonnaie, die am wenigsten darin haben, den Arbeitslosen, Kranken und Alten.

Kurt Retthofer, Betriebsratsvorsitzender, in einem Brief an Bundeskanzler Schröder

► Nun ist es aber genug: Lockerung des Kündigungsschutzes, Öffnung der Tarifverträge, Kürzung des Arbeitslosengeldes. Jetzt müssen wir mit den Gewerkschaften den geplanten Machenschaften den Kampf ansagen.

Helmut Engl, Betriebsratsvorsitzender, Firma Knürr, Arnstorf

► Das, was der arbeitenden Bevölkerung, den Arbeitslosen und Rentnern von der Bun-



Foto: metall

desregierung aufgebürdet werden soll, halten wir ganz schlicht und einfach für einen Skandal. Durch drastische Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe wird kein einziger Arbeitsplatz geschaffen. Positiv ist die Haltung des Bundeskanzlers zum Irak-Krieg.

Elke und Günter Janz, Kißlegg

► Der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung ist der Anfang vom Ende unseres Sozialsystems. Ein Systemwechsel

sollte mit den Gewerkschaften nicht zu machen sein.

Klaus D. Farin, Hattingen

► Bleiben Sie hart, lassen Sie sich nicht unterkriegen. Nur eine starke Gewerkschaft rettet uns vor der Dummheit in Wirtschaft und Politik.

Frank Meyer, per E-Mail

► Kämpfen Sie für alle Arbeitnehmer und Arbeitslose, auch in Sachen Kündigungsschutz. Ich bin dabei.

Margrit Wietschke, Dessau

So geht es weiter

- DGB und IG Metall organisieren Protest- und Flugblattaktionen, Stände auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen.
- 1. Mai: Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen in vielen Städten und Gemeinden. »Reformen ja, Sozialabbau nein Danke« heißt es im DGB-Aufruf.
- Die IG Metall lädt ein, den Bundestagsabgeordneten die Meinung zu sagen: www.igmetall.de/themen/reform/aktionen.html.
- 12. bis 17. Mai: Aktionswoche der IG Metall und des DGB. In Leipzig gibt es eine Aktion »Gesundheit und Arbeitslosigkeit«, in Köln eine Konferenz »Neue Beschäftigung und Ausgrenzung«.
- 17. Mai: Die Gewerkschaft Verdi demonstriert in Berlin für »Mutige Reformen statt Leistungsabbau«.

Schröders »Reform« ist ungerecht

Über drei Milliarden Euro will die Bundesregierung jährlich auf Kosten von Arbeitslosen sparen, 21 Milliarden Euro in der Krankenversicherung – das meiste zu Lasten von Arbeitnehmern und Kranken. Des Kanzlers »Mut zur Veränderung« ist eine Zumutung.

► Krankengeld: Ungerecht finanziert

Die Bundesregierung plant den Systemwechsel. Das Krankengeld soll nicht mehr paritätisch, also je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, finanziert werden, sondern nur noch von den Beschäftigten. Für Arbeiter und Angestellte heißt das: Sie müssen knapp vier Milliarden Euro zusätzlich aufwenden. Für den Einzelnen sind das locker 20 Euro zusätzlich jeden Monat.

Dies wäre ein nächster Schritt zum Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der

gesetzlichen Krankenversicherung. Schon jetzt müssen Patienten 2,4 Milliarden Euro allein bei Medikamenten und Krankenhausaufenthalten zuzahlen. Das Gesundheitsministerium plant weitere Eigenbeteiligungen. So sollen Sehbehinderte zu Brillen mehr beisteuern oder Kranke, die gleich zum Facharzt gehen, 15 Euro »Praxisgebühr« entrichten. Wenn diese Pläne durchgehen, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch die Lohnfortzahlung bei Krankheit »privatisiert« wird.

Die IG Metall sagt:

► **Ja** zu einer Reform des Gesundheitssystems, zum Beispiel durch eine Positivliste für Medikamente und die Herausnahme versicherungsfremder Leistungen.

► **Nein** zu einer weiteren Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und zur einseitigen Entlastung der Arbeitgeber. ◀

► Arbeitslose: Absturz auf Sozialhilfeniveau

Arbeitslosen droht nach Schröders Reform der Sturz in die Armut. Denn Arbeitslosengeld soll es nur noch maximal zwölf Monate, ab dem 55. Lebensjahr 18 Monate geben (siehe Schaubild). Danach gibt

Arbeitslosengeld: Hohe Verluste

Alter	Anspruchsdauer in Monaten heute*	Anspruchsdauer in Monate geplant	Verlust in Euro (gerundet)
ab 45 Jahre	maximal 18	12	4300 bis 5300
ab 47 Jahre	maximal 22	12	7200 bis 8800
ab 52 Jahre	maximal 26	12	10000 bis 12300
ab 55 Jahre	maximal 26	18	7000
ab 57 Jahre	maximal 32	18	12300

Quelle: IG Metall *abhängig von der Anzahl der Beitragsmonate

es nur noch das sogenannte »Arbeitslosengeld II«, ein Almosen auf Sozialhilfeniveau. Wer über 50 ist und arbeitslos wird, kann bis zu 12 300 Euro verlieren.

Wenn der Bundeskanzler sagt, Kürzungen seien nötig, um Arbeitslosen einen Anreiz zu geben, eine neue Stelle zu suchen, dann ist das angesichts von 4,7 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen und sieben Millionen Arbeitssuchenden zynisch. Denn angeboten werden nur wenige hunderttausend Arbeitsplätze. Die IG Metall sagt:

► **Ja** zu Reformen, aber nicht zu Lasten der Arbeitslosen.

► **Nein** zu Kürzungen beim Arbeitslosengeld.

► **Ja** zu einem Arbeitslosengeld II, das hilft, den Lebensstandard zu sichern und mindestens so hoch ist wie die bisherige Arbeitslosenhilfe. ◀

► Hände weg vom Kündigungsschutz

Der Kündigungsschutz in Kleinbetrieben darf nicht gelockert werden. Die IG Metall lehnt alle Vorschläge ab, die dieses Schutzgesetz unterlaufen. Auch den Plan, Kleinbetrieben die unbegrenzte Einstellung von befristet Beschäftigten zu ermöglichen.

Die IG Metall sagt

► **Ja** zu der Absicht, den Anspruch auf Abfindungen gesetzlich zu regeln. Das könnte Arbeitnehmern die Entscheidung zwischen Klage auf Wei-

terbeschäftigung oder Abfindung erleichtern.

► **Nein** zu den Plänen, die Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen einzuschränken. Danach gäbe es bei Entlassungen nur noch drei Kriterien: Betriebszugehörigkeit, Alter, Unterhaltspflichten. Aber manche Menschen sind zum Beispiel gesundheitlich beeinträchtigt. Die IG Metall fordert deshalb eine Klausel für besondere Härtefälle. ◀



Impressum

metallaktuell

Herausgeber: Klaus Zwickel, Jürgen Peters, Bertin Eichler

Anschrift: metall-Redaktion

Lyoner Straße 32

60528 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69-66 93-24 45,

E-Mail:

metall-redaktion@igmetall.de;

Internet: www.igmetall.de

Chefredakteur: Claus Eilrich

Druck: APM AG Eppelheim, Niederlassung Frankfurt am Main.



JA zu Reformen

NEIN zum Sozialabbau

→ Ja, ich unterstütze die Forderungen der IG Metall:

[illegible]

➔ **Unterschriftenliste bitte zurücksenden an:** Die Verwaltungsstellen der IG Metall oder die **metall**-Redaktion